

# **REFERENTENMATERIAL**

---

**zur Vorbereitung des deutschen Reichsbauern-  
Kongresses**

## **Bauernnot** **aktive bäuerliche Notwehr!**

**Herausgegeben vom Komitee zur  
Vorbereitung des deutschen Reichsbauern-Kongresses**

---

**ALS MANUSKRIFT GEDRUCKT**

---

Für Inhalt und Verlag verantwortlich: Bodo Uhse, Berlin.  
Druck: City-Druckerei AG., Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28.

LIBRARY MATERIAL

THE UNIVERSITY OF CHICAGO LIBRARY

38/80/40592 (0)

▽ Fl

Masterfiche  
vorhanden



UNIVERSITY OF CHICAGO LIBRARY

THE UNIVERSITY OF CHICAGO LIBRARY

## Inhaltsverzeichnis:

|  |    |
|--|----|
| Wirtschaftskrise und Bauernnot . . . . .   | 3  |
| Weltwirtschaftskrise . . . . .   | 3  |
| Bauernnot . . . . .  | 3  |
| Die Agrarkrise und ihre Ursachen . . . . .   | 4  |
| Ursachen . . . . .   | 4  |
| Umwälzungen in der Technik . . . . .   | 4  |
| Traktor . . . . .  | 4  |
| Mähdrescher . . . . .  | 4  |
| Zur technischen kommt die biochemische Revolution . . . . .                            | 4  |
| Milch . . . . .  | 4  |
| Eier . . . . .   | 4  |
| Zucker . . . . .   | 4  |
| Veredelungswirtschaft . . . . .  | 5  |
| Butter . . . . .   | 5  |
| Entwicklung des Welthandels in Veredelungsprodukten . . . . .                          | 5  |
| Ausdehnung der Anbauflächen . . . . .  | 5  |
| Vorratsstauung . . . . .   | 5  |
| Preisscheere . . . . .   | 6  |
| Verschärfung der Agrarkrise durch Massenarbeitslosigkeit . . . . .                     | 6  |
| Arbeiternot des Bauern Tod . . . . .   | 6  |
| Zur Veranschaulichung der Bauernnot . . . . .  | 6  |
| Regierungspolitik . . . . .  | 7  |
| Grundsteuern . . . . .   | 8  |
| Billige Kredite für den Großgrundbesitz Wucherzinsen für<br>die Kleinbauern! . . . . . | 9  |
| Wem nützen die Zölle? . . . . .  | 9  |
| Getreideschutzzölle . . . . .  | 9  |
| Futtermittelzölle und Maismonopol . . . . .  | 10 |
| Osthilfe . . . . .   | 11 |
| Was die Nationalsozialisten sagen . . . . .  | 11 |
| Die Folgen dieser Regierungspolitik . . . . .  | 12 |
| Wen trifft diese Zwangsenteignung in erster Linie? . . . . .                           | 12 |
| Massenkampf gegen die bäuerliche Enteignung . . . . .                                  | 12 |
| Welche Aufgaben stehen also vor uns? . . . . .   | 16 |

**Wirtschafts-  
krise und  
Bauernot**

Furchtbare Not im Lande.

Betriebe liegen still, Geschäfte gehen schlecht oder werden ganz geschlossen, 4,5 Millionen Erwerbslose im Lande, und diese Zahl beginnt schon wieder zu steigen.

Schlechter Absatz überall, weil niemand mehr Geld hat zum kaufen, und doch werden Löhne und Gehälter mehr und mehr abgebaut.

**Weltwirt-  
schafts-  
krise**

Das ist nicht nur bei uns so in Deutschland, sondern auch in den Siegerländern.

Mehr wie 30 Millionen Erwerbslose in allen kapitalistischen Ländern. Davon allein im „Wunderland“ Amerika rund 10 Millionen. Noch immer ist kein Ende zu sehen, **im Gegenteil**, die Vorkommnisse der letzten Wochen zeigen, daß die Krise noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat.

Der Hooverplan hat keine Besserung gebracht. Hat die Kapitalflucht nicht aufgehalten.

Krach der Danatbank, der Landesbank der Rheinprovinz und der Schröderbank in Bremen zieht andere nach sich. Als mächtigstes Bollwerk der Macht des Kapitalismus stürzte die Bank von England zusammen. Die Goldwährung wird in einigen Ländern abgeschafft.

Betriebe werden stillgelegt und andere modernisiert, Erwerbslosigkeit steigt, Kaufkraft sinkt und damit die Kaufkraft für die Bauern noch mehr.

Kapitalflucht verschärft die Krise, Produktion nur noch zu 40 Prozent im Gang. Die Mark nur noch zu 30 Prozent gedeckt. Zinssatz auf 13 Prozent erhöht, wird für alle kleinen Betriebe noch größere Lasten mit sich bringen, namentlich aber für die Bauern, die jetzt zu allen Schulden und Abgaben noch teure Kredite für die Frühjahrsbestellung aufnehmen müssen.

**Bauernot**

Der weitere Verlauf der Krise wird den kleinen Bauer vollkommen ruinieren, die Lage der Bauern ist bereits heute eine verzweifelte. Es geht ihm fast schlechter als den erwerbslosen Arbeitern. Ohne Geld für technische Hilfsmittel muß er mit primitiven Mitteln eine harte Arbeit leisten. Fleisch, Butter usw. sind seltene Genüsse, an Tabak, Bier fast kaum noch zu denken. Die Schulden wachsen, im Herbst erhielt er geringe Preise, weil er verkaufen mußte, im Frühjahr muß er teuer einkaufen.

Der Gerichtsvollzieher geht immer häufiger aus und ein, Steuern und Abgaben schlucken das letzte.

Feuersbrünste, Selbstmorde, Tragödien in Bauerfamilien sind an der Tagesordnung.

Und doch lesen und hören wir seit Jahren nichts anders wie:

**„Hilfe für die notleidende Landwirtschaft“**

und was da sonst alles getan wird für die armen Bauern. Landbund ist seit Jahren durch Schiele und Treviranus in Reichsregierung; die Partei der christlichen Bauernvereine, das Zentrum, ist in allen Reichsregierungen und den meisten Landesregierungen maßgebend, zumeist führend beteiligt.

Die „Deutsche Bauernschaft“ ist durch Staatspartei (Demokraten) und Sozialdemokraten politisch in den Regierungen vertreten — aber die Durchführung ihrer Politik hat den Bauer immer mehr in den Dreck gefahren.

|  |   |
|--|---|
| <b>Die Agrarkrise und ihre Ursachen</b>                  | <p>Alles hat nicht geholfen.</p> <p>Die Agrarkrise ist geblieben und mit ihr, aber in gesteigerter Form, die Not der deutschen Bauernschaft.</p> <p>In Erscheinung tritt die Agrarkrise durch eine riesenhafte Masse von unverkäuflichen landwirtschaftlichen Produkten, durch unerhört billige Preise auf dem Weltmarkt und in Parallele damit eine sich bis ins Wahnsinnige steigende Zollpolitik.</p>  |
| <b>Ursachen</b>  | <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Zerstörung der Konsumkraft durch den Kapitalismus infolge Massenarbeitslosigkeit, Abbau der Löhne und sozialen Unterstützung, Proletarisierung des Mittelstandes.</li> <li>2. Die ungeheuren technischen und biochemischen Erfindungen und Entdeckungen, die Ausdehnung der Anbauflächen und der Veredelungswirtschaft, die statt zum Wohle der Gesamtheit Anwendung zu finden, im Rahmen des kapitalistischen Systems nur ausgenutzt werden, um den Profit der Kapitalisten und Großverdiener zu erhöhen, so daß, was die Lebenslage der Bauern erleichtern könnte, zu einer vernichtenden Waffe der Großen gegen die Bauern wird, die man nicht teilhaben lassen will an der Entwicklung von Wissenschaft und Technik.</li> </ol> |
| <b>Umwälzungen in der Technik</b>                        | <p>Begünstigt durch den Krieg hat sich in allen Ländern eine leistungsfähige Großlandwirtschaft entwickelt, die sich die Entwicklung der Technik sehr bald zunutze machte.</p> <p>Namentlich sind es der Traktor und der Mährescher, die auf den Feldern der Welt einen wahren Siegeszug angetreten haben.</p>  |
| <b>Traktor</b>   | <p>In USA. laufen eine Million Traktoren. In Deutschland nur 25 000 bis 30 000.</p>   |
| <b>Mährescher</b>  | <p>110 000 Stück in der Welt, davon in USA. 80 000 Stück, in der Sowjetunion 2000, in Deutschland 20 Stück.</p> <p>Diese Maschinen ermöglichen eine rapide Senkung der Produktionskosten.</p> <p>Produktionskosten z. B. für Weizen in Deutschland 9 Mark, in Amerika und Kanada 2,85 Mark je Zentner.</p>  |
| <b>Zur technischen kommt die biochemische Revolution</b> | <p>Zuchtsorten z. B. beim Weizen ermöglichten eine Steigerung der Produktion um etwa 25 Prozent und steigert die Stabilität der Ernten. (Pedigree-Weizen in Australien.)</p>  |
| <b>Milch</b>   | <p>In Deutschland durch Zucht und verbesserte Fütterungstechnik gelungen, die Milchleistung der Kühe von 2200 Liter auf 4600 bis 4900 Liter zu erhöhen.</p>   |
| <b>Eier</b>  | <p>In den Hühnerfarmen beträgt die Legeleistung pro Henne 130 bis 160 Eier, gegenüber 70 Stück im bäuerlichen Durchschnittsbetrieb.</p>   |
| <b>Zucker</b>  | <p>Zuckerrohranbau brachte 1918 auf Java pro Hektar 10 Tonnen Zucker, heute pro Hektar 20 Tonnen Zucker. Zuckerrüben in Deutschland bringen pro Hektar 4 Tonnen Zucker.</p> <p>Aber bei der gesenkten Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Mittelschichten ist auch das noch zuviel. So hat man die An-</p>   |

bauläche für Zuckerrüben zwangsmäßig herabgesetzt! Aber nur für die Bauern. Die Großgrundbesitzer, die die Aktien der Zuckerrübenfabriken besitzen, dürfen weiter Zuckerrüben anbauen.

**Veredelungs-  
wirtschaft**

Hand in Hand mit der technischen und biochemischen Entwicklung geht die Entwicklung der Veredelungswirtschaft.

„Deutsche Tageszeitung“ vom 3. Mai 1930: „Wer hätte es um die Jahrhundertwende für möglich gehalten, daß zwei Jahrzehnte später Butter von der anderen Hälfte des Erdballs, aus Neuseeland, Australien, Argentinien usw. am europäischen Markt von preisbestimmendem Einfluß sein werde.“

**Butter**

Baltische Länder waren 1925 mit 4 Prozent an der Weltausfuhr an Butter beteiligt, heute mit 18 Prozent.

Polens Butterexport betrug: 1925 = 5000 Doppelzentner, 1929 = 1 551 000 Doppelzentner.

**Entwicklung  
d. Welthandels  
in Veredelungs-  
produkten**

Nach Prof. Ritter, Berlin, betrug der Welthandel gegen 1909 bis 1913 = 100 im Jahre 1928 in Butter 150 Prozent, in Käse 140 Prozent.

Diese Steigerung der Erzeugung erreichten aber nur die Großbetriebe, die die nötigen Mittel zum Ausbau ihrer Wirtschaft besaßen, während die bäuerlichen Betriebe unter der so verschärften Konkurrenz nur in steigende Schwierigkeiten gerieten.

**Ausdehnung  
der Anbau-  
flächen**

Traktor und Mährescher usw. ermöglichen die Erschließung neuer Gebiete, machen Steppen fruchtbar und rentabel.

In Argentinien 600 000 Hektar neu erschlossen, in Australien 3 Millionen Hektar neu erschlossen, in Kanada 2 Millionen Hektar neu erschlossen, in Rußland 2 Millionen Hektar neu erschlossen, in Nordamerika 8 Millionen Hektar neu erschlossen, 8 Millionen Hektar gleichzeitig jetzt für Brotgetreide verwendet, die früher für Futtermittel gebraucht wurden.

Die Gesamtanbaufläche der Welt wurde um 50 Prozent vergrößert.

Die Krise der Getreidewirtschaft ist im wesentlichen eine Krise der Kleinbetriebe und der Landwirtschaft auf altem, erschöpften Boden, der Kleinwirtschaft, die nicht in der Lage ist, mit den vollkommensten technischen Hilfsmitteln zu arbeiten.

Dafür zeugen die verlassenen Farmen am Mississippi ebenso sehr, wie das verödete südliche Frankreich und das Hungerelend der verschuldeten deutschen Bauernschaft.

**Vorratstaung**

Alle diese Erscheinungen aber bringen eine gewaltige Steigerung der Vorräte an landwirtschaftlichen Produkten mit sich.

Die Vorrätesteigerung betrug an

|           | Sept. 1925       | Sept. 1930       |
|-----------|------------------|------------------|
| Weizen    | 5,6 Mill. Tonnen | 15 Mill. Tonnen  |
| Zucker    | 1,7 Mill. Tonnen | 3,7 Mill. Tonnen |
| Kaffee    | 0,5 Mill. Tonnen | 1,6 Mill. Tonnen |
| Baumwolle | 0,9 Mill. Tonnen | 1,5 Mill. Tonnen |

Diese Entwicklung veranlaßte den Landwirtschaftsminister Schiele im Sommer 1930 zu der Aeußerung: „Das schlimmste, was uns treffen kann, ist eine gute Ernte.“

## Preisschere

Mit der Entwicklung der Vorrätstauung ein Preissturz der Agrarpreise.

Preisschere öffnet sich immer mehr (d. i. der Unterschied zwischen den Industrie- und Agrarpreisen).

Nach Minister Schiele betragen die Indexzahlen für Industrie, Landwirtschaft und Lebenshaltung im Jahre 1926/27 etwa 135 bis 140.

Heute betragen sie:

|                      |     |
|----------------------|-----|
| Industrie-Index      | 142 |
| Agrar-Index          | 107 |
| Lebenshaltungs-Index | 140 |

Das heißt also, daß der Bauer für seine Erzeugnisse einen weit niedrigeren Preis bezahlt erhält, als er anwenden muß, um sich Gegenstände des täglichen Bedarfs, Werkzeuge, Maschinen usw. zu kaufen.

Dieser Unterschied wird durch die zunehmende Vertrustung und Monopolisierung immer größer.

Damit wird aber auch für den Kleinbauern eine Technisierung immer unmöglicher, seine Not immer größer.

## Verschärfung der Agrarkrise durch Massen- erwerbs- losigkeit

Während so die Produktion überall steigt, wächst gleichzeitig die Erwerbslosigkeit und das Elend der breiten Volksmassen. Bürgerliche Wissenschaftler reden von Ueberproduktion, in Wirklichkeit hat das Massenelend einen Rückgang des Lebensmittelvebrauchs um 30 Prozent mit sich gebracht. (Minister Schiele.)

Das Volk verhungert bei vollen Scheunen.

Die Not der Arbeiterschaft reißt den Mittelstand mit, und wenn die Arbeiter kein Geld haben, dann hat auch der Bauer keins.

## Arbeiternot ist des Bauern Tod

Es gibt keinen Gegensatz zwischen schaffenden Bauern und Arbeitern. Im Gegenteil sehen wir, wie ihr Schicksal miteinander verknüpft ist. Darum müssen sich Bauern und Arbeiter miteinander verbinden.

Der ruinierte Kleinbauer muß selbst auf seine Butter verzichten, weil er jedes Pfund verkaufen muß, gleich zu welchen Preisen, nur um einige Pfennige in die Hand zu bekommen, die er für wichtigere Bedarfsgegenstände braucht.

Millionen Zwerg- und Kleinbauern verkaufen ihre Butter und essen Margarine.

## Zur Veranschaulichung der Bauernnot

Betriebserhebungen bei 80 Betrieben im Rhein-Main-Gebiet. Größe 80 bis 100 Morgen. Ertragsklasse 12 bis 19.

1 Morgen im Durchschnitt

Gesamtleistung:  
244,75 Mark

Gesamtaufwand:  
217,44 Mark

darin sind enthalten: Lohn für  
fremde Arbeitskräfte  
25,61 Mark

Lohn für eigene Arbeitskraft  
105,07 Mark

Reinertrag beträgt demnach:

244,75 Mark  
— 217,44 Mark  
27,35 Mark Reinertag, davon gehen ab  
15,37 Mark Steuern und Lasten, bleiben  
11,98 Mark, davon gehen ab  
10,85 Mark Schuld- und Pachtzinsen, bleiben  
1,13 Mark, davon gehen ab  
46,43 Mark Kapitalzins in Höhe von 5 Prozent für  
928,75 Mark Kapitalwert pro Morgen,  
bleiben  
— 45,30 Mark Verlust pro Morgen.

Solange noch schuldenfreier Eigenbesitz vorhanden, braucht der Bauer keine Zinsen aufzubringen, aber welcher Betrieb ist heute noch schuldenfrei? Ueber 11 Milliarden Mark Hypotheken lasten auf dem landwirtschaftlich genutzten Boden. — 1 Milliarde Mark Zinsen hat der Bauer im Jahr aus dem Boden und aus seiner Arbeitskraft herauszupressen. Die Zinsen sind höher als 5 Prozent, oft 10, ja 12 Prozent.

Woher sie aufbringen?

Der Bauer kann sie nur von seinem Lohnanteil nehmen, er muß sich mit weniger begnügen, muß billiger arbeiten. Er kann also (nach obigem Beispiel) mit seiner Familie nur 105,07 Mark

weniger 45,30 Mark

= 59,77 Mark

an Lohn erhalten.

Ein Kleinbauer verdient in Deutschland 10 bis 20 Pfennig Stundenlohn und in vielen, vielen Fällen noch weniger.

Der Bauer muß zum Ausbeuter an seinen Kindern werden, die infolge der Arbeitslosigkeit nicht mehr in die Städte abwandern können, auf dem Hofe bleiben müssen und dort arbeiten, ohne Hoffnung, sich einmal selbständig machen zu können.

Regierungs-  
politik

Die Regierung hilft durch Kredite.

Von 1924 bis 1930 wurden von Reich und Ländern insgesamt 3,26 Milliarden Mark ausgegeben für die notleidende Landwirtschaft.

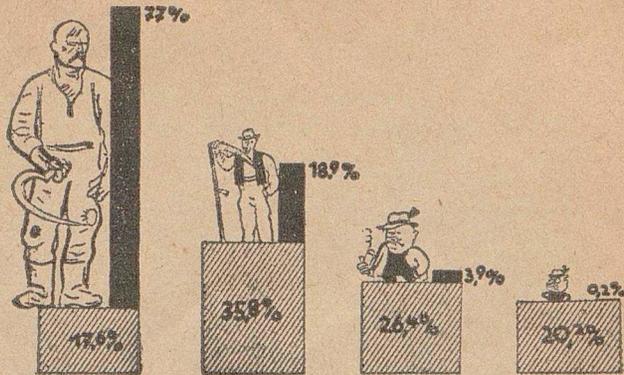
Wer hat das Geld erhalten?

Bodenverteilung

Zum besseren Verständnis der Hilfsmaßnahmen und der ganzen Regierungspolitik muß man sich ein Bild machen über die Bodenverteilung:

**Wer hat den landwirtschaftlich genutzten Boden in Deutschland in Händen?**

Diese Frage muß bei der Prüfung, wem die Maßnahmen der Regierungen zugute kommen, in erster Linie beantwortet werden.



| Größenklasse                    | Zahl der Betriebe | Betriebe in % | land.w Nutzfläche |            |
|---------------------------------|-------------------|---------------|-------------------|------------|
|                                 |                   |               | in ha             | in %       |
| <b>Zwerg- und Kleinbetriebe</b> |                   |               |                   |            |
| unter 2 Hektar . . .            | 3 046 303         | 59,5          | 1 588 300         | 6,2        |
| 2 bis 5 Hektar . . .            | 894 454           | 17,5          | 2 924 056         | 11,4       |
| <b>Mittelbauernbetriebe</b>     |                   |               |                   |            |
| 5 bis 20 Hektar . . .           | 956 155           | 18,9          | 9 158 434         | 38,8       |
| <b>Großbauernbetriebe</b>       |                   |               |                   |            |
| 20 bis 100 Hektar .             | 199 825           | 3,9           | 6 768 629         | 26,4       |
| <b>Großbetriebe</b>             |                   |               |                   |            |
| über 100 Hektar . .             | 18 669            | 0,2           | 5 159 241         | 20,2       |
| <b>insgesamt</b>                | <b>5 115 406</b>  | <b>100</b>    | <b>25 598 660</b> | <b>100</b> |

Darüber haben also 77 Prozent aller Betriebsinhaber unter 5 Morgen Land und insgesamt nur 17,6 Prozent des gesamten landwirtschaftlich genutzten Bodens!

Die mittelbäuerlichen Betriebe über 5 bis 20 Morgen Land machen 18,9 Prozent aller Betriebe aus und verfügen über 35,8 Prozent des Bodens (Durchschnittsgröße eines mittelbäuerlichen Betriebes  $9\frac{1}{2}$  Hektar).

Die Großbauern und Großgrundbesitzerbetriebe aber verfügen, obwohl sie nur 4,1 Prozent aller Betriebe ausmachen, über 46,6 Prozent allen landwirtschaftlich genutzten Bodens in Deutschland!

Diese Tatsachen dürfen nie vergessen werden, wenn man wissen will, wem die Agrarpolitik der Hindenburg-Brüning-Schleier-Regierung und der „Grünen Front“ zugute kommt.

### Grundsteuern

Nachdem nun die Besitzverhältnisse klar geworden sind, wird man sofort verstehen, wem geholfen wird, wenn man das Reichsbewertungsgesetz von 1925 ansieht, das die Grundsteuern festsetzt.

Laut diesem Gesetz wird der Steuerwert festgesetzt bei einem Besitz

|                   |                         |                        |
|-------------------|-------------------------|------------------------|
|                   | bis                     | 5 Hektar auf 2004 Mark |
| von 5 Hektar bis  | 20 Hektar auf 1239 Mark |                        |
| von 20 Hektar bis | 50 Hektar auf 1075 Mark |                        |

von 50 Hektar bis 100 Hektar auf 994 Mark  
von 100 Hektar bis 1000 Hektar auf 931 Mark  
über 1000 Hektar auf 665 Mark

**Je größer der Besitz, desto geringer die Steuer!**

Und umgekehrt werden auch die Kredite verteilt: **Je größer der Besitz, desto größer der Kredit.**

**Billige Kredite für den Großgrundbesitz — Wucherzinsen für die Kleinbauern!**

Zu der „Gleichheit der Interessen“, wie der Landbundpräsident Schiele sie versteht, ist viel Material ans Tageslicht gekommen durch einen kleinen Streit, den die kapitalistischen Parteien untereinander ausgefochten haben. Herr Hergt, der Landbundfreund, hat den Demokraten Rönneberg angegriffen. Da hat der Demokrat Rönneberg voller Aerger sehr viel Material aus seiner Aktentasche herausgezogen, die er als Staatskommissar für Ostpreußen trägt. Durch diesen häuslichen Streit der kapitalistischen Parteien wird wiederum bestätigt, was wir schon viele Male behauptet haben, daß nämlich alle Maßnahmen, besonders die der Kreditverteilung, ausschließlich im Interesse der Großagrariern und Großbauern getroffen worden sind.

Da war beispielsweise die Rede von der Verteilung von 80 Millionen Krediten in Ostpreußen. Wie wurden diese 80 Millionen verteilt? Von den Großbetrieben hat jeder dritte, und von den Kleinbetrieben jeder 47. einen Kredit bekommen! Es gibt dort 3000 Großbetriebe und 140 000 Kleinbetriebe. Trotzdem haben nach den Ausführungen des Herrn Rönneberg die Großbetriebe drei Viertel aller Kredite und die Kleinbetriebe nur ein Viertel aller Kredite bekommen.

Herr Rönneberg hat uns auch etwas über die Verteilung des Betriebsmittelfonds erzählt. Er unterscheidet ja nicht gern zwischen Kleinbauern und Großbauern. Daher nimmt er Klein- und Großbauernbetriebe bis 400 Morgen zusammen. Von diesen haben nun ganze drei Prozent etwas bekommen, während von den Großbetrieben mit über 400 Morgen 46 Prozent, also nahezu die Hälfte, Betriebsmittelunterstützung erhalten haben!

Der Minister selbst hat, gezwungen durch eine Anfrage, dem Ausschuß das Material über die Verteilung der Golddiskontkredite vorlegen müssen, die verhältnismäßig weitaus billiger waren als die Gelder, die seinerzeit von den kleinen Landwirten aufgenommen werden mußten. Wie sieht es damit aus? Die beinahe zwei Millionen Betriebe der kleineren und mittleren Bauern von 5 Hektar bis 20 Hektar haben von diesem 100-Millionen-Kredit der Golddiskontanleihe ganze 17 Prozent bekommen, während die 18 000 Großbetriebe mit über 100 Hektar 55 Prozent bekommen haben! Die Großbauern haben 30 Prozent bekommen. Also vier Prozent aller Betriebe in Deutschland, die den Großbauern und Großagrariern gehören, haben 80 Prozent aller Kredite der billigen Goldanleihe geschluckt.

**Wem nützen Zölle?**

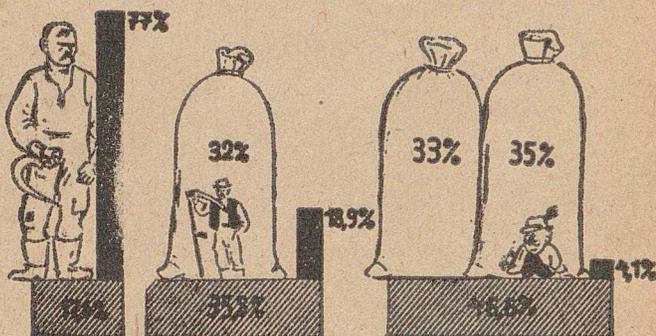
Damit wird auch klar, wem die Zollpolitik nützt:

**Getreide-Schutzzölle**

Neben den hohen Zöllen für alle Getreidearten haben die Regierungen Hermann Müller-Dietrich und Brüning-Schiele eine große Zahl gesetzgeberischer Maßnahmen und diktatorischer Verordnungen zur künstlichen Hochhaltung der Getreidepreise getroffen — statt gegen die wucherische Ausbeutung der werk-

tätigen Bauern durch Industrie-, Handels-, Bank- und Großagrarkapital vorzugehen, die den Bauern um den Lohn für seine Arbeit prellen. Das System der Ausführprämien für Lebensmittel ins Ausland, das Brotgesetz, das Gesetz über den Beimahlungszwang, die Eosinierung von Roggen, den Ankauf des Roggens durch die Regierung aus allgemeinen Steuermitteln, das Maismonopol usw. gehören zur Getreideschutzpolitik der Regierung.

Wie sind nun die einzelnen Betriebsgrößen an der Belieferung des Marktes mit Getreide beteiligt?



77 Prozent aller Betriebe (Kleinbetriebe unter 20 Morgen) bestellen 17,6 Prozent des Bodens und Feldern kein Getreide auf den Markt.

35,8 Prozent aller Betriebe (Mittelbetriebe von 20 Morgen bis 80 Morgen) bestellen 35,8 Prozent des Bodens und liefern 32 Prozent des Marktgetreides.

4,1 Prozent aller Betriebe (Großbauern und Großbetriebe) bestellen 46,6 Prozent des Bodens und liefern 68 Prozent des Marktgetreides.

Das Bild zeigt, daß 77 Prozent aller Betriebe (Kleinbetriebe unter 5 Hektar) an dieser Politik gar kein Interesse haben, ja vielfach geschädigt werden, weil sie Brotgetreide und Futtermittel zukaufen müssen. Auch die mittelbäuerlichen Betriebe haben nur ein beschränktes Interesse, weil ihr Anteil an der Marktbelieferung sich auf eine sehr große Anzahl von Betrieben (nahezu eine Million!) verteilt und nur 32 Prozent des Marktgetreides von ihnen geliefert werden, während sie gleichzeitig vielfach Zukäufer von Futtermitteln sind. Dagegen liefern die etwa 220 000 Großbauern- und Großgrundbesitzerbetriebe 68 Prozent allen Marktgetreides. Sie sind also die wahren Nutznießer aller Getreideschutzmaßnahmen der Regierungen.

### Futtermittelzölle und Maismonopol

Ueber die Schädigung der bäuerlichen Viehwirtschaft durch die Futtermittelzollpolitik und das Maismonopol muß selbst das Zentralorgan der „Deutschen Bauernschaft“ in der Nummer vom 15. Juli 1931 schreiben:

„Die Futtermittelzollpolitik des letzten Jahres hat allein der nordwestdeutschen Landwirtschaft (Hannover, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Westfalen) eine jährliche Mehrbelastung von 250 bis 300 Millionen Mark gebracht. Den ungeheuren Druck dieser Belastung kann man sich vorstellen, wenn man bedenkt, daß dieser Betrag dem Anteil gleichkommt, den die nordwestdeutsche Gesamtwirtschaft an den Younglasten zu tragen hat!

Die ungeheure Belastung der nordwestdeutschen Betriebe durch den Futtergerstenzoll und das Maismonopol ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung:

| Betriebsgröße<br>ha | Gesamsteuerlast | Belastung der Futtergerste und Maisverzollung und Verteuerung in Mark | Die Verzollung und Versteuerung von Futtergerste und Mais beträgt in Prozenten der jeweiligen Gesamtsteuerlasten |
|---------------------|-----------------|---|--|
| 5                   | 149.80          | 300   | 200  |
| 10                  | 343.30          | 500   | 150  |

Futtermittelzollpolitik und Maismonopol bedeuten Ruin der bäuerlichen Viehwirtschaft. Entsprechend dem Schlagwort „Schweinewanderung vom Westen nach dem Osten“ vollzog sich bereits Verminderung des Schweinebestandes im bäuerlichen Westen und Süden zugunsten des ostelbischen Junkerbetriebes. Das zentrale Landorgan der Hitlerpartei, die „Nationalsozialistische Landpost“, Nr. 7, vom 18. Oktober 1931 begrüßt dies mit folgenden Worten:

„Es ist ohne Zweifel **vorteilhafter**, die Schweine an Ort und Stelle der Futtererzeugung zu füttern und nicht mit dem Futter im Reiche umherzufahren . . .

Es ist deshalb ein weiterer **Schritt der Gesundung**, daß durch die einfuhrdämmende Zollerhöhung für Auslandsfuttergreide der Osten wieder mit dem Nordwesten auf die gleiche Erzeugungsgrundlage gestellt ist. Dadurch wird die natürliche Bewegung der Schweinehaltung **nach den Erzeugungsstätten des Schweinefutters gelenkt** . . .

Die Schweinemast ist die Angelegenheit des Landwirts und in erster Linie **desjenigen, der genügend wirtschaftseigenes Futter hat**. Es sollen also diejenigen Landwirte, welche nicht genügend Futter im eigenen landwirtschaftlichen Betriebe erzeugen (mithin fremde Futtermittel hinzukaufen müssen), ihre Schweinehaltung auf das wirtschaftseigene Futter beschränken.“

Da jede klein- und mittelbäuerliche Wirtschaft zu wenig Boden hat, um selbst die für eine kleine Viehhaltung notwendigen Futtermittel zu erzeugen, heißt die Durchführung der nationalsozialistischen Forderung die völlige Vernichtung der Bauernwirtschaft im Interesse der ostelbischen Junker.

Berechne jeder selbst, wieviel Landwirte im Dorf soviel wirtschaftseigene Futtermittel haben, daß sie ihre Viehwirtschaft erhalten können und wieviel zugrunde gehen müssen.

#### Osthilfe

Im März dieses Jahres hat die Regierung und der willfährige Reichstag wiederum 2,5 Milliarden Mark bewilligt für die Osthilfe, die bis 1933 zur Verteilung gelangen sollen.

Auch diese Osthilfe wird in die Taschen der Großen wandern.

Auch von der „Erntehilfe“ hat der Bauer nicht einen roten Heller zu sehen bekommen.

Damit nicht genug, ist die Regierung bestrebt, die Zölle noch mehr zu erhöhen, zugunsten der Großen, zum Schaden der Kleinen.

#### Was die Nationalsozialisten sagen

Die Nationalsozialisten wissen zur Lösung der Krise kein anderes Mittel, als noch höhere Zölle. Aber gleichzeitig schreiben die von Adolf Hitler herausgegebenen „Nationalsozialistischen Monatshefte“ in Nummer 17 dazu folgendes:

„Was also, wem nützen die Schutzzölle? Ein Linsengericht für

die Landwirte . . . Schutzzölle also, damit die Wucherer zu ihrem Gelde kommen. Und dazu — eingeständenermaßen — auch die Osthilfe, Agrarschutzzölle für die Wucherer! Milliarden werden an die Landwirte gezahlt! Gewiß! Aber nicht sie leben davon, sondern ihre Gläubiger."

### Die Folgen dieser Regierungspolitik

Seit Jahren wird jetzt schon gehöhnt, wird gerettet.

Wir Bauern hören die Worte, lesen die Artikel, aber wir verspüren nichts von Taten.

Je mehr sie reden, desto größer wird unsere Not.

Notverordnungen, Steuern legen uns Last auf Last auf. Hilfe wird versprochen und Lasten werden gegeben.

Der Gerichtsvollzieher enteignet uns, darf uns das letzte nehmen für rückständige Steuern, den Großen aber werden sie gestundet oder ganz erlassen.

So wie es dem Bauern heute geht, das erinnert an die Zeiten der Hörigkeit und des Raubrittertums.

Die Zahl der Zwangsversteigerungen wuchs von 1300 im Jahre 1927 auf 2800 im Jahre 1930. Die zwangsweise versteigerte Fläche stieg von 3480 auf 117 900 Hektar.

Ein Heer von 105 000 Gerichtsvollziehern ist im Außendienst als Tributeintreiber für die Hochfinanz und die imperialistischen Weltmächte tätig.

Massenzwangsversteigerungen sind an der Tagesordnung, bei denen man sich nicht nur darauf beschränkt, dem Bauern eine Kuh oder ein Stück Inventar zu enteignen, sondern den ganzen Bauernhof schluckt.

So wurden in Uelzen (Lüneburg) auf Betreiben der Kreissparkasse Uelzen an einem Tage, am 27. Juli, auf einen Schlag drei Bauernhöfe versteigert.

Wohin diese Massenteignungen der Bauern führen, zeigt die Tatsache, daß die Amtsgerichte der Grenzmark Posen-Westpreußen in viereinhalb Jahren weit über 1000 Zwangsversteigerungen durchführten, bei denen rund 100 000 Morgen unter den Hammer kamen.

Im Kreis Schlochau kamen 220 Grundstücke zur Versteigerung. Im Kreis Liegnitz fanden beispielsweise an einem Tag, nämlich am 16. Juli, nicht weniger als acht Zwangsversteigerungen statt, auf denen landwirtschaftliches Inventar, Vieh und schließlich sogar 77 Morgen Roggen auf dem Halm versteigert wurden.

### Wen trifft diese Zwangsenteignung in erster Linie?

Ausschließlich den Klein- und Mittelbauern! In Ostpreußen wurden in einer Woche, vom 25. bis 30. September, nicht weniger als 26 Betriebe versteigert. Nur fünf davon waren über 100 Hektar groß. Die übrigen 21 waren Klein- und Mittelbetriebe!

### Massenkampf gegen die bäuerliche Enteignung

Wie wehrt sich der Bauer gegen solche Enteignung, die dem Rechtsempfinden des Volkes ins Gesicht schlägt? Diese Frage ist im Laufe der jetzigen Zeit besonders dringend geworden, da die rücksichtslose Eintreibung der Steuerrückstände, die Zwangsenteignung wegen nicht bezahlter wucherischer Hypothekenzinsen usw. in erschreckendem Maße zunehmen.

Nun hat es schon eine Reihe von Fällen gegeben, in denen der Bauer zur Verteidigung seines Gutes geschritten ist. Die Tageszeitungen berichteten u. a. die folgenden Fälle:

In Beidenfleth in Holstein waren bei zwei Bauern wegen rück-

ständiger Gemeindesteuern in rechtswidriger Weise zwei Ochsen gepfändet worden. Als der Gemeindediener die Ochsen abtreiben wollte, hatte sich eine große Menge von Bauern auf der Straße gesammelt, auf der ein helles Strohfeuer brannte, durch das die Ochsen scheu wurden, sich von ihren Stricken losrissen und in ihre Ställe zurückliefen. Man hat sie dann am nächsten Tag mit einem großen Polizeiaufgebot abgeholt und auf den Hamburger Viehmarkt gebracht, wo sie durch die Landwirtschaftskammer versteigert werden sollten. Da waren aber eine Menge Bauern erschienen und erklärten, wenn die Landwirtschaftskammer die Ochsen versteigert, so ist das ein Verrat unserer Berufsvertretung, den wir nicht zulassen werden. Da bekam es die Landwirtschaftskammer mit der Angst zu tun und stand von der Versteigerung ab.

In einem anderen Falle geschah es in **Unrau im Westerwald**, daß zwei Höfe, die zwangsenteignet werden sollten, wenige Stunden vor der Versteigerung in Flammen aufgingen und die Bewohner des Dorfes geschlossen die Löscharbeiten verweigerten, ja, die aus der Stadt herbeigerufene Motorspritze an den Löscharbeiten hinderten. Ähnliche Fälle haben sich bereits zu Dutzenden ereignet.

In einem Dorf im Oderbruch erschienen zu einer Versteigerung von Kartoffeln, Obst und einem Wagen, die einer Bauernwitwe gehörten, eine ganze Anzahl von Arbeitern. Nanu, dachten sich die Bauern, wollen etwa die Arbeitslosen mit ihren Unterstützungsgeldern das Versteigerungsgut kaufen? Von solchem Unfug kann man ja manchmal in den sogenannten Bauernzeitungen lesen. Aber die Arbeitslosen erklärten den Bauern: „Wir haben von der Zwangsversteigerung gelesen. Wir wissen, daß sich auch der Bauer in Not befindet. Wir wollen euch zeigen, daß Bauern und Arbeiter zusammengehören. Darum sind wir hierhergekommen. Wir wollen das euch sagen, aber auch dem Gerichtsvollzieher und allen, die etwa hierhergekommen sind und glauben, aus der Bauernnot Profit schlagen zu können. Wir werden das nicht zulassen!“ Und da sich Bauern und Arbeiter so einig waren, wagte auch niemand zu steigern, der Termin verlief ergebnislos und die durch die Zwangsversteigerung bedrohte Witwe erhielt nach einigen Wochen Nachricht über die Niederschlagung der Steuerschuld, welcher sie beraubt werden sollte.

Warum erzählen wir diese Beispiele tapferer Verteidigung des bäuerlichen Besitzes gegen die Zwangsversteigerung? Nun, uns ist auf der Schule gesagt worden, daß wir aus der Geschichte lernen sollen. **Das trifft auch auf die jüngste Geschichte zu, zumal dann, wenn es sich um die Geschichte unseres eigenen Berufstandes handelt.** Was aber können wir aus dem Kampf der holsteinischen Bauern, was aus dem Vorgehen unserer Berufskollegen im Westerwald, was aus dem Zusammenstehen von Bauern und Arbeitern im Oderbruch lernen?

Das wichtigste ist zunächst wohl die Tatsache, daß es eine bäuerliche Abwehr gegen die Zwangsenteignung gibt, ob sie vom Finanzamt wegen rückständiger Steuern, ob sie wegen Hypothekenschulden von einer erpresserischen Bank oder sonstwem ausgeht. **Es gibt eine Abwehr!** Das müssen wir all den Berufsgenossen ins Ohr schreien, die heute verzweifeln wollen. Wir wissen alle, wie die Zahl der Selbstmorde aus wirtschaftlichen Gründen in den letzten Monaten ungeheuerlich gestiegen ist. Vor kurzem erst lasen wir von jenem Berufskollegen in

**Ohlenstedt**, der sich das Dach über dem Haupt anzündete und mit seinen Kindern und seinem Vieh verbrannte. Jede solche Verzweiflungstat ist ein Zeichen für das Unmaß der Not, in das die Bauern hineingetrieben wurden. Jede solche Verzweiflungstat ist aber gleichzeitig auch ein Zeichen der Schwäche. Ein Bauer schrieb angesichts eines ähnlichen Vorgangs wie in Ohlenstedt: „Ich verstehe so etwas nicht. Das sind doch keine Männer. Männlicher scheint es mir, statt sich das Leben zu nehmen, es denen zu nehmen, die dem Bauer das Recht zum Leben heute nicht mehr lassen!“ Will man diesen Bauern einen Auführer nennen, oder ist es nicht einfach so, daß er nur natürlich denkt? Denn der Grundgedanke, den er vertritt, lautet doch: „**Statt zu verzweifeln, muß ich mich meiner Haut wehren!**“

Gewiß ist es unverständlich, wenn der einzelne von diesem System, von Steuerlasten, Pachtschulden, Hypothekendruck geneppit wird, daß er verzweifelt.

**Aber der einzelne muß daran denken, daß es nicht nur ihm, daß es Millionen Bauern genau so geht. Und diese Millionen Bauern müssen zusammenhalten**, zunächst einmal die paar hundert Bauern, die in einem Dorfe zusammenwohnen. Wenn sich die Bauern eines Dorfes alle fest zu einer Gemeinschaft zusammenschließen, dann sind sie schon eine kleine Macht, die den Abwehrkampf aufzunehmen vermag.

Um gegen die weitere Ausplünderung und Verelendung der Bauernschaft den Widerstand vorzubereiten und durchzuführen, müssen in allen Gemeinden Bauernaktionskomitees gebildet werden. Ueber das Wesen und praktische Wollen dieser Komitees seien hier kurze Ausführungen gemacht, damit alle, ganz gleich, welcher Organisation oder Partei sie angehören, die Bedeutung der Komitees erkennen.

Das Dorf muß in Bewegung geraten. Auf jeden Hof, in jedes Haus hinein muß die Erkenntnis getragen werden, daß die gegenwärtige Lage für die Bauern vollkommen aussichtslos ist, daß der von Steuer-, Zins- und Pachtlasten bedrückte Bauer sich gegen Traktor und Mähdrescher, gegen die ganze rationalisierte Großlandwirtschaft in Amerika, Australien und Rußland nicht wehren kann, daß er erdrückt und vernichtet werden muß, da keine Regierung, keine Partei, auf die der Bauer bisher vertraute, ihm Hilfe bietet. Für ihn gibt es heute nur den einen Ausweg: Er muß die **Bedeutung seiner Macht erkennen**, er muß den **Abwehrkampf** gegen die Vernichtung der bäuerlichen Existenz selbständig organisieren. Der bäuerliche Zusammenschluß muß überall unabhängig von der Zugehörigkeit zu irgendwelchen politischen Parteien oder wirtschaftlichen Verbänden erfolgen. Die Parteien, auf die der Bauer bisher vertraute und denen er die Gestaltung seines Schicksals überließ, können ebensowenig wie die landwirtschaftlichen Verbände Vertreter bäuerlicher Lebensinteressen sein. In ihnen allen herrscht eine Oberschicht, die schon längst die Fühlung mit dem Volk und dem Lande verloren und ihre eigenen Interessen hat, die mit den Interessen der Bauern nichts zu tun haben. Die Rücksicht auf die Erhaltung der Organisation dieser Parteien und Verbände, die Rücksicht auf die Geschäfte ihrer Wirtschaftsunternehmungen schalten diese Gruppen für den Kampf, den der Bauer notwendig führen muß, aus. Es kommt zunächst darauf an, daß der Bauer **einmal selber zu den Dingen Stellung nimmt**, daß er selber seine Meinung ausspricht und nicht immer die Demagogie parteipolitischer Agitatoren oder bezahlter Syndicis anhört. Er muß selber die

Front gegen seine weitere Verelendung und Vertreibung von der Scholle bilden. Von den kleinen Alltagsorgen seines Gebietes, von den tausenderlei Rücksichtslosigkeiten und Fahrlässigkeiten gerade seiner örtlichen Behörden muß der Bauer in seiner Kritik ausgehen. Sie kennt er und in diesen Dingen vertraut er auf seine eigene Urteilskraft, die er dann auch an den großen Fragen der Politik zu bewähren lernt, von denen man ihm weis macht, daß er zu ihrer Beurteilung zu dumm sei. Aber der Bauer ist nicht zu dumm und die Dinge sind auch nicht so kompliziert, wie man sie ihm immer hinstellt, sie sind im Gegenteil recht einfach.

Das zu immer gewaltigerer Konzentration zusammengeballte Kapital, vereinigt in der Hand einiger weniger, ist in eine Krise geraten, aus der es dadurch herauszukommen hofft, daß es die schaffenden Menschen noch tiefer in seine Abhängigkeit bringen und ihnen auch den letzten Rest ihrer Freiheit rauben will. Den Kampf dagegen können nicht irgendwelche Parteien, Bünde, Organisationen und Cliques führen, nein, die Bauernschaft selber muß mobilisiert werden. Das ganze Dorf muß es sein, das sich zusammenschließt, **bäuerliche Kampfausschüsse** bildet, die durch ihre Wahl als Organ der Bauernschaft das Mandat erhalten, die Lebensinteressen der Bauernschaft gegen die Zugriffe des Staates, gegen die Folgen der irrsinnigen kapitalistischen Profitwirtschaft zu verteidigen. Diese bäuerlichen Kampfausschüsse bilden die Vertretung der wahren Meinung des Dorfes. Sie sind die Organe, die dann in ihrem Gebiet den **Reichsbauernkongreß** vorbereiten, auf dem die Vertreter der Bauern aus allen Gauen das Forderungsprogramm der deutschen Bauern aufzustellen haben werden.

Wir können dem Bauern nicht versprechen, seine Elendslage im Rahmen der heutigen Verhältnisse bessern zu wollen. Das wäre Betrug. Unter dem Druck der Tributlasten, angesichts der Herrschaft der Hochfinanz hat der Bauer keine Besserung seiner Lage zu erwarten! Aber die örtlichen Kampfausschüsse haben den Bauern zu sagen, daß er auch nicht tatenlos auf die „große Wendung“ der Dinge warten darf. Er selber soll ja diese Wendung mit vollziehen, indem er den Kampf gegen die heutigen Zustände und gegen die Nutznießer und Träger dieser Zustände aufnimmt. **Nur kämpfend kann der Bauer seine Freiheit gewinnen, sonst nicht!** Es hat keinen Zweck, darauf zu warten, daß „spontane Verzweilungsakte“ erfolgen. Aktive bäuerliche Notwehr heißt die Parole! Dieser Notwehrkampf aber muß planmäßig geführt werden. Er muß von den primitivsten bäuerlichen Forderungen ausgehen.

Uns alle drücken die unerhörten ungerechten Steuerlasten. Trotzdem gibt es immer noch Bauern, die brav ihre Steuern aus der Substanz entrichten. Die Kampfausschüsse müssen zunächst alle Bauern über die ihnen gesetzlich zustehenden Möglichkeiten der Steuerstundung und Niederschlagung unterrichten, und weiter darauf hinwirken, daß von ihnen Gebrauch gemacht wird. Es muß dahin kommen, daß geschlossen ganze Dörfer, ganze Kreise, ganze Bezirke **Kollektivanträge auf Steuerstundung und Steuerniederschlagung** stellen. Ähnlich liegt der Fall für die oft unerträglich hohen Hypothekenzinsen. Auch hier muß durch geschlossenes Vorgehen aller Bauern die Herabsetzung und Niederschlagung der Zinslasten gefordert werden! Berufskollegen, die sich aus solcher bäuerlichen Kampffront ausschließen, müssen als Verräter am Existenzkampf der Bauern

verachtet, gebrandmarkt, boykottiert werden. Steuererlaßanträge und Zinsniederschlagungsforderungen sind keine Bitten, sie sind wohlberechtigte Forderungen der Bauern. Das muß in der Sprache zum Ausdruck kommen. Wo Banken oder andere Stellen die bäuerliche Einheitsfront durch Vorgehen gegen einzelne sprengen wollen, oder gar den Einheitsaktionen zuvorkommen, die Bauern durch Pfändungen und Zwangsversteigerungen in einzelnen Fällen einschüchtern wollen, da ist es die selbstverständliche Pflicht der Bauern, geschlossen solche Terrorakte zu verhindern und zu beweisen, daß der Bauer sich heute nicht mehr widerstandslos von der Scholle vertreiben läßt, ja, daß er sich auch gegen den Teilraub zur Wehr setzt, wo man es nur auf ein Stück seines Bodens und seines Hofes abgesehen hat. Die bäuerlichen Kampfausschüsse werden bei der Verteidigung der bäuerlichen Substanz in aktiver Notwehr ihren Berufskollegen beispielhaft vorangehen. Irgendwelche beamteten Berufsgenossen, Gemeindevorsteher usw., die sich herbeilassen, die Interessen des Systems zu verteidigen und in die Front der Bauernfeinde treten, wird man mit dem nötigen Nachdruck aufklären müssen.

Der Bauer ist Herr auf seiner Scholle, die Bauernschaft Herr in ihrem Dorfe. Wenn sie den Willen hat, sich nicht drein reden zu lassen, kann sie ihre Ansprüche auch durchsetzen!

Alle haben sie unser Vertrauen mißbraucht, haben immer und immer nur die Politik der Großagrariere gemacht.

Heute wird es offenbar, daß wir die Dummen waren, und heute noch sind, wenn wir uns weiter wie bisher an den Karren der Großgrundbesitzer spannen lassen und damit noch helfen, diesen die Gewinne und Kredite usw. zu sichern, auf unsere Kosten.

Der deutsche Bauer hat jahrelang Selbstmordpolitik getrieben und muß nun endlich damit aufhören.

Der Bauer muß sich auf seine eigenen Füße stellen, er muß sich selbst vertrauen und sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

Welche Aufgaben stehen also vor uns?

Wir müssen den Kampf auf dem Dorfe organisieren.

Wir müssen Dorfkomitees schaffen!

Wir müssen mit diesen Dorfkomitees sofort den Kampf um die Rechte der Bauern aufnehmen, die Behebung örtlicher besonderer Mißstände fordern, den aktiven Kampf gegen Steuerdruck, Zinsausbeutung, Pachtlasten organisieren.

Wir dürfen keine Zwangsversteigerung bäuerlichen Eigentums dulden.

Wir müssen die Bauern unseres Gebietes aufrufen, in einer großen gemeinsamen öffentlichen Kundgebung gegen das heutige Bauernlegen zu protestieren.

Wir müssen auf dieser Kundgebung unsere Notforderungen erheben.

Wir müssen alle Gemeinden aufrufen, Dorfkomitees zu bilden

Wir müssen in unseren Gebieten Bauernkongresse vorbereiten und durchführen!

Wir müssen gegen die Durchführung der Zuchthausstrafe gegen den holsteinischen Bauernführer Claus Heim protestieren.

Wir müssen unsere Bereitschaft zum Bündnis mit den hungernden Arbeitern in den Städten erklären und dieses Bündnis in die Tat umsetzen.

Wir müssen daran glauben, daß der gemeinsame Kampf der Bauern und Arbeiter uns aus der heutigen Knechtschaft heraus zur Freiheit führen wird.

7

